



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 27. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
19.11.2013

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung fand im Heimathaus Seppenrade, Am Rosengarten 6, 59348 Lüdinghausen statt.

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Aufstellung der Landschaftspläne "Lüdinghausen" und "Buldern"
Vorlage: FB 3/858/2013
2. Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von Siemens-Str.
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012
Vorlage: FB 3/881/2013
3. Neugestaltung des Busbahnhofes in Lüdinghausen
(einschließlich Erweiterung der Parkflächen - Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2013 -)
Vorlage: FB 3/883/2013
- 3.1. Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen
Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2013
Vorlage: FB 3/889/2013
4. städtische Baum- und Grünpflegearbeiten
hier: Jahresbericht 2013
Vorlage: FB 3/884/2013
5. Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum
hier: Umbau von Lichtsignalanlagen
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2012
Vorlage: FB 3/878/2013
6. Umgestaltung der Rialtostraße
Antrag des Seniorenbeirates vom 19.08.2013
Vorlage: FB 3/869/2013
- 6.1. Umgestaltung der Rialtostraße
Antrag des Seniorenbeirates vom 19.08.2013
Vorlage: FB 3/869/2013/1
7. Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2010
hier: Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer an der Steuerstraße durch Entfernung der Parkstandsmarkierungen und Anlegung von beidseitigen Schutzstreifen
Vorlage: FB 4/398/2013
8. Reduzierung der Osterfeuer
hier: Ordnungsbehördliche Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern in der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/400/2013
9. Berichte
10. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

11. Umnutzung Borg 4;
Auftragsvergabe über die Dachdecker- und Klempnerarbeiten -
Vorlage: FB 2/564/2013
12. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/880/2013
13. Berichte
14. Anfragen

Öffentlicher Teil:

Ausschussvorsitzender Holz weist zu Beginn der Sitzung darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt „Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen / Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2013“ nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Obwohl der Antrag nicht fristgerecht vorgelegen habe, sei aufgrund des Informationsbedürfnisses der Anwohner eine inhaltliche Beratung in der heutigen Sitzung vorgesehen.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes 11) „Umnutzung Borg 4 / Auftragsvergabe über Dachdecker- und Klempnerarbeiten“ entfällt, da die Auftragssumme unter dem in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Betrag von 30.000,-- € liege.

TOP 1) Aufstellung der Landschaftspläne "Lüdinghausen" und "Buldern"
Vorlage: FB 3/858/2013

Der Ausschussvorsitzende weist einleitend darauf hin, dass die Inhalte der Landschaftspläne nochmals am 20.11.2013 im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung detailliert vorgestellt werden.

Anschließend begrüßt er die Herren Grömping und Schrameyer von der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Coesfeld, die anhand des als Anlage 1) beigefügten Vortrages die Inhalte und Zielvorgaben der Landschaftspläne sowie das Aufstellungsverfahren erläutern.

Herr Grömping stellt heraus, dass bei der Aufstellung der Landschaftspläne lediglich eine Korridorplanung vorgenommen werde, punktgenaue Ausweisungen würden nicht mehr erfolgen. Die konkrete Umsetzung von Maßnahmen würde in Gesprächen mit den Betroffenen, deren Flächen innerhalb der festgelegten Korridore liegen, abgestimmt.

Des Weiteren zeigt Herr Grömping den aktuellen Stand des Verfahrens auf. Derzeit befinde man sich in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Eine Offenlage der Pläne sei im Jahr 2014 vorgesehen. Ziel sei es, Ende 2014 einen rechtskräftigen Landschaftsplan zu haben.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass die Bürger ihre Anregungen und Bedenken im Laufe des Verfahrens einbringen können.

Auch die Stadt Lüdinghausen werde aufgefordert, nach der Offenlage eine Stellungnahme abzugeben. Er sieht es als erforderlich an, diese Stellungnahme nochmals in diesem Ausschuss zu beraten.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2) Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von-Siemens-Str.

Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012

Vorlage: FB 3/881/2013

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Sicking vom Landesbetrieb Straßen NRW sowie Herrn Wolters vom Ingenieurbüro ING PLAN, welches vom Landesbetrieb mit der Erstellung der Ausbauplanung beauftragt worden ist.

Herr Sicking weist einfürend darauf hin, dass sich die B 235 nicht nur im Bereich des vorgesehenen Kreisverkehrs sondern auch im weiteren Verlauf in einem sehr schlechten Zustand befinde.

Die Errichtung des Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich B 235/ Werner-von-Siemens-Str./Hans-Böckler-Str. sei in umfassendere Sanierungsarbeiten eingebettet, welche sich räumlich bis zum Einmündungsbereich der B 474 (Spinne) erstrecken werden.

Seitens des Landesbetriebs sei eine Entscheidung für den Bau eines Kreisverkehrs getroffen worden, da dieser Vorteile für die Verkehrsteilnehmer mit sich bringe.

Zum einem gehe von einem umgestalteten Knotenpunkt eine geschwindigkeitsmindernde Wirkung aus, zum anderem werde die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer beim Queren der Fahrbahn erhöht.

Des Weiteren erläutert Herr Sicking die Regelungen, nach denen die Stadt Lüdinghausen an den Baukosten des Kreisverkehrs zu beteiligen ist.

Er erklärt, dass die Kosten für eine „normale“ Bestandssanierung der Fahrbahn allein vom Landesbetrieb zu tragen seien.

Im Anschluss stellt Herr Dipl. Ing. Wolters anhand des als Anlage 2) beigefügten Vortrages die erstellten Ausbaupläne vor. Er erläutert, dass eine barrierefreie Ausgestaltung des Kreisverkehrs - entsprechend dem vom Landesbetrieb Straßen NRW erstellten Leitfaden - vorgesehen sei.

Darüber hinaus verdeutlicht er, dass der Durchmesser des Kreisverkehrs so groß dimensioniert werde, dass auch eine Befahrbarkeit durch den LKW-Verkehr problemlos möglich ist.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Guntermann bringt zum Ausdruck, dass sie den Bau eines Kreisverkehrs, vor dem Hintergrund, dass dieser zur einer erhöhten Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger beitrage, grundsätzlich befürwortet.

skB. Havermeier erklärt, dass er ebenfalls verkehrliche Vorteile durch den Bau eines Kreisverkehrs sieht. Aufgrund der Höhe des von der Stadt zu tragenden Kostenanteils habe die SPD-Fraktion jedoch eine andere Priorisierung der umzusetzenden Baumaßnahmen vorgenommen. Es seien wichtigere Projekte vorhanden, die aus Sicht der SPD-Fraktion vorrangig realisiert werden sollten. Vor diesem Hintergrund werde die zwingende Notwendigkeit, den Kreisverkehr zum jetzigen Zeitpunkt zu bauen, nicht gesehen.

Darüber hinaus erkundigt er sich nach den Ergebnissen der vom Landesbetrieb durchgeführten Verkehrszählung.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu.

Nachträglich zu Protokoll:

Die Verkehrszählung wurde am 18.06.2013 durchgeführt. Die Ergebnisse der Zählung sind in dem als Anlage 2a) beigefügten Übersichtsplan dargestellt.

Stv. Dr. Wischnewski bringt zum Ausdruck, dass der Bau des Kreisverkehrs innerhalb der UWG-Fraktion kontrovers diskutiert worden sei. Der von der Stadt zu tragende Kostenanteil sei derart hoch, dass eine angemessene Kosten-Nutzen-Relation nicht ohne weiteres gesehen werde. Ergänzend weist er auf die Gefahr eines Verkehrsrückstaus hin, der sich in den Hauptverkehrszeiten bis zu den Bahnschranken hin erstrecken könne. Diese Problematik sei ein ernst zu nehmendes Thema, insbesondere für die Gewerbetreibenden im Gewerbegebiet Tetekum.

Er hält es für erforderlich, zu überlegen, ob eine andere kostengünstigere Lösung gefunden werden könne, welche die Interessen der Gewerbetreibenden berücksichtige und zugleich die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger erhöhe.

Stv. Dr. Wischnewski erklärt, dass die UWG-Fraktion dem Bau eines Kreisverkehrs aufgrund der Höhe des von der Stadt zu übernehmenden Kostenanteils nicht zustimmen werde.

SkB. Havermeier weist darauf hin, dass er die unterschiedlichen Vorfahrtsregelungen an den im Stadtgebiet vorhandenen Kreisverkehren als problematisch ansieht. Für die Verkehrsteilnehmer seien die unterschiedlichen Regelungen nicht nachvollziehbar.

Herr Sicking erläutert, dass der vorgesehene Kreisverkehr sich innerhalb der Ortsdurchfahrt befindet, mit der Folge, dass ein Ausbau nach dem Standard für innerörtliche Kreisverkehre erfolgen werde, an denen Fußgänger und Radfahrer vorfahrtsberechtigt sind.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass aus eigener Erfahrung im Knotenpunkt B235/Hans-Böckler-Straße/Werner-von-Siemens-Straße ein sehr hohes Verkehrsaufkommen vorhanden sei, welches insbesondere zu den Öffnungszeiten des städtischen Wertstoffhofes zu Problemen führe.

Stv. Ernst bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion den Bau eines Kreisverkehrs begrüßt, da hierdurch insbesondere die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger deutlich erhöht werde.

Ausschussvorsitzender Holz stellt heraus, dass der Beschlussvorschlag zwei Entscheidungen beinhalte. Zum einem sei über die vorgestellte Ausbauplanung zu entscheiden. Er stellt fest, dass diese durch den Ausschuss grundsätzlich begrüßt wird. Zum anderen sei eine Aussage zu dem von der Stadt zu tragenden Kostenanteils zu treffen. Er verweist auf eine abschließende Entscheidung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014.

Darüber hinaus macht er deutlich, dass im weiteren Verlauf der B 235 noch andere bauliche Umgestaltungsmaßnahmen durch den Landesbetrieb Straßen NRW vorgesehen seien, welche in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt würden. Er sieht es als wichtig an, die Ortsdurchfahrt der B 235 im räumlichen Gesamtzusammenhang zu sehen.

Ausschussvorsitzender Holz regt an, dass die Verwaltung nochmals Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW führen soll, mit dem Ziel, den von der Stadt Lüdinghausen zu übernehmenden Kostenanteil zu reduzieren.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der vorgestellten Ausbauplanung zu. Eine Entscheidung über den Bau des Kreisverkehrs soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den von der Stadt Lüdinghausen zu tragenden Kostenanteil im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 anzumelden. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW zu führen, mit dem Ziel, den von der Stadt Lüdinghausen zu übernehmenden Kostenanteil zu reduzieren.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 3) Neugestaltung des Busbahnhofes in Lüdinghausen
(einschließlich Erweiterung der Parkflächen - Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2013 -)
Vorlage: FB 3/883/2013**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Dipl. Ing. Elkendorf von dem Ingenieurbüro Gnegel GmbH.

Herr Elkendorf stellt anhand des als Anlage 3) beigefügten Vortrages die erstellten Ausbaupläne für den Umbau des Busbahnhofes vor. Er stellt heraus, dass an der Geometrie der baulichen Anlage keine Änderungen vorgesehen sind, da diese von allen Beteiligten als optimal angesehen werde.

Herr Elkendorf zeigt auf, dass in die barrierefreie Umgestaltung des Busbahnhofes auch die angrenzenden Fuß- und Radwege mit einbezogen werden sollen.

Das derzeit vorhandene Gebäude werde abgerissen. In dem zu errichtendem Neubau sei ein Aufenthaltsraum für Busfahrer sowie ein Behinderten WC geplant, welches aus hygienischen Gründen nur für Behinderte zugänglich sein solle.

Bezüglich der Parkplatzsituation erläutert Herr Elkendorf, dass die Parkplatzanzahl von derzeit 15 auf 21 Stellplätze (nach erfolgtem Umbau) steigen werde, wovon 2 Plätze als Behindertenparkplätze angelegt würden.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz regt an, zu überprüfen, ob noch zusätzliche Stellplätze in der angrenzenden verbleibenden Grünfläche angelegt werden können.

skB. Havermeier begrüßt die barrierefreie Umgestaltung des Busbahnhofes, welche aus seiner Sicht nochmals die Wichtigkeit des Begriffes der Inklusion unterstreicht, ausdrücklich. Er regt an, die vorgesehene Breite der Fahrradboxen nochmals zu überprüfen, welche aus seiner Sicht – je nach Breite des Fahrradlenkers – zu schmal sei könnten.

Darüber hinaus weist er auf die Problematik hin, dass, aufgrund der günstigen Mieten für die Nutzung der Fahrradboxen, diese in vielen Fällen nicht zurück gegeben würden, obwohl kein akuter Abstellbedarf vorhanden sei. Die Neuanmietung von Boxen könne sich aus diesem Grund schwierig gestalten.

Herr Herrmann erläutert, dass auf der von der Verwaltung geführten Warteliste derzeit nur zwei Interessenten für die Anmietung einer Fahrradbox vorgemerkt sind. Er erklärt, dass die Anzahl der im Ausbauplan ausgewiesenen Fahrradboxen nochmals überprüft werde. Eventuell werde ein Teil durch „normale“ Fahrradabstellmöglichkeiten ersetzt.

Stv. Guntermann befürwortet, dass die neu vorgesehenen Wartehäuschen gut einsehbar sein werden.

Stv. Horstmann regt ergänzend an, in die Wartehäuschen eine Wand einzubauen, damit ein ausreichender Wetterschutz für die wartenden Busfahrgäste gewährleistet ist.

Stv. Wannigmann weist darauf hin, dass er eine transparente Wand für sinnvoll hält.

Stv. Dr. Wischnewski weist auf die Notwendigkeit hin, auch eine öffentlich zugängliche WC-Anlage zu errichten. Eine WC-Anlage, welche nur für Behinderte freigegeben sei, führe aus seiner Sicht zu großem Unmut in der Bevölkerung. Er weist auf die Alternative einer selbstreinigenden öffentlichen WC-Anlage hin, welche gegen ein zu entrichtendes Entgelt genutzt werden könne.

Stv. Reismann sowie Stv. Schäper schließen sich der Aussage von Stv. Dr. Wischnewski dahingehend an, dass auch sie eine öffentliche WC-Anlage für erforderlich halten.

Die Verwaltung sagt zu, die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage zu überprüfen.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der vorgestellten behindertengerechten Umgestaltung des Busbahnhofes, einschließlich der Erweiterung des vorhandenen Park + Ride Parkplatzes, grundsätzlich zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit der Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage sowie die Anlegung zusätzlicher Parkplätze auf dem verbleibenden Grünstreifen zu überprüfen.

Des Weiteren soll die Verwaltung die im Budgetbuch 2013 ausgewiesenen Haushaltsansätze aktualisieren und die für die Gesamtumgestaltung (einschließlich Parkplatzerweiterung) erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 anmelden.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Die inhaltliche Beratung des Top 5) und Top 4) wird zeitlich vorgezogen, da der zum Tagesordnungspunkt „3.1 / Schäden im Baugebiet Rott-Nord“ eingeladenen Gutachter noch nicht anwesend ist.

**TOP 5) Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum
hier: Umbau von Lichtsignalanlagen
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2012
Vorlage: FB 3/878/2013**

skB. Havermeier weist einleitend darauf hin, dass die Barrierefreiheit des Verkehrsraumes zunehmend an Bedeutung gewinne. Insbesondere der KFZ-Verkehr stelle eine Gefährdung für sehbehinderte Menschen dar.

Die SPD-Fraktion habe eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraumes aufgrund der Anregungen betroffener Bürger, welche an die Fraktion herangetragen worden seien, beantragt. Er spricht sich dafür aus, vorrangig die städtischen Lichtsignalanlagen behindertengerecht umzurüsten.

Herr Sicking gibt eine erste Stellungnahme des Landesbetriebes Straßen NRW bezüglich einer behindertengerechten Umrüstung der an den Ortsdurchfahrten vorhandenen Lichtsignalanlagen ab.

Er berichtet, dass der Landesbetrieb die Ergebnisse der durchgeführten Umfrage erhalten habe. Auf jeden Fall sehe er noch weiteren Gesprächsbedarf, insbesondere wünsche er sich eine Aussage, welche detaillierten Einzelmaßnahmen als erforderlich angesehen werden.

Er weist darauf hin, dass für die Umgestaltung von Ampeln an Bundesstraßen grundsätzlich ausreichend finanzielle Mittel vorhanden seien.

Das Thema Barrierefreiheit werde grundsätzlich bei dem Neubau und dem grundlegenden Umbau von Lichtsignalanlagen berücksichtigt. In anderen Fällen müsse die Notwendigkeit eines Umbaus durch die jeweilige Kommune nachgewiesen werden.

Herr Sicking weist darauf hin, dass die Thematik einer Grünphasenverlängerung noch intern mit anderen Abteilungen des Landesbetriebes abzustimmen sei.

Er erläutert, dass die Dringlichkeit einer Umrüstung der an der B 474 aufgestellten Lichtsignalanlage, aufgrund der geschilderten Besonderheiten, durchaus gesehen werde. An diesem Standort könne eine kurzfristige Lösung in Aussicht gestellt werden.

Er bittet die Verwaltung, sich in dieser Angelegenheit nochmals direkt mit der zuständigen Fachabteilung des Landesbetriebes in Verbindung zu setzen.

Stv. Breitbach bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob bei der am Ostwall aufgestellten Ampel die Wartezeit, bis das Lichtsignal „Grün“ erscheint, verkürzt werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die beiden städtischen Lichtsignalanlagen „Wilhelmstraße / Ostwall“ sowie „Mühlenstraße / Turnhalle“ behindertengerecht umzurüsten. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 die erforderlichen Haushaltsmittel anzumelden.

Bezüglich der Umrüstung der im Bereich der Bundesstraßenortsdurchfahrten vorhandenen Lichtsignalanlagen sollen abschließende Abstimmungsgespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW geführt werden.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 4) städtische Baum- und Grünpflegearbeiten

hier: Jahresbericht 2013

Vorlage: FB 3/884/2013

Herr Steenweg weist einleitend darauf in, dass in dem heutigen Vortrag der inhaltliche Schwerpunkt auf den Gehölzpflegemaßnahmen im Innenbereich liege. Auf die Baumpflegemaßnahmen werde nochmals detailliert im Rahmen des in der nächsten Ausschusssitzung vorgesehenen Sachstandsberichts zur Erstellung des Baumkatasters eingegangen.

Herr Steenweg zeigt anhand des als Anlage 4) beigefügten Vortrages die im Jahr 2013 bisher durchgeführten Pflegearbeiten auf und gibt einen Ausblick auf bereits geplante Maßnahmen. Er berichtet, dass die im Außenbereich durchzuführenden Gehölzpflegearbeiten noch nicht genau festständen. Es sei jedoch angedacht, erneut eine

Zusammenarbeit mit den örtlichen Landwirten anzustreben, da sich diese Vorgehensweise bewährt habe, und daher gegenüber der Beauftragung einer Fremdfirma vorzuziehen sei.

Herr Steenweg stellt heraus, dass die Anlieger vor der Durchführung von Pflegemaßnahmen grundsätzlich informiert werden. Ergänzend zeigt er auf, in welchem Umfang die Stadt Lüdinghausen Herbizide auf öffentlichen Grünflächen einsetzt.

Fragen der Ausschusssmitglieder werden beantwortet.

Herr Steenweg macht deutlich, dass für jeden gefälltten Baum grundsätzlich zwei Neuanpflanzungen vorgenommen werden. Er sagt zu, den jährlichen Bericht zukünftig um Angaben, an welchen Orten die Ersatzbepflanzungen vorgenommen werden, zu ergänzen.

Vor dem Hintergrund des zunehmend schlechten Zustandes der Kastanienbäume, welche aufgrund des Befalles mit der Miniermotte sowie durch bakterielle Erkrankung der Rinde auf Dauer nicht zu erhalten sein werden, bittet der Ausschussvorsitzende Herrn Steenweg, Kontakt mit der Unteren Landschaftsbehörde aufzunehmen. Er regt an, gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld ein Konzept für die zukünftige Entwicklung von Alleen, insbesondere für die Kastanienallee in Tetekum zu erarbeiten.

Stv. Dr. Wischnewski weist auf die Wichtigkeit von Vorsorgeuntersuchungen für städtische Mitarbeiter hin, die mit dem Einsatz von Pestiziden betraut sind. Er erkundigt sich, ob diese regelmäßig durchgeführt werden.

Bürgermeister Borgmann bejaht die Frage.

Ausschussvorsitzender Holz richtet abschließend den Appell an die Ausschusssmitglieder, der Verwaltung den Rücken zu stärken, sobald die in der heutigen Ausschusssitzung vorgestellten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Er bittet darum, anfragende Bürger entsprechend sachgerecht zu informieren.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.1) Schäden an den öffentlichen Verkehrsflächen

Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2013

Vorlage: FB 3/889/2013

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt den von der Verwaltung hinzugezogenen Gutachter, Herrn Dipl. Ing. Dieker, und bittet diesen, zu der Situation im Baugebiet Rott-Nord Stellung zu nehmen.

Herr Dieker berichtet, dass er die für das Baugebiet bislang erstellten Baugrundgutachten erst grob und noch nicht im Detail eingesehen habe. Im Zuge der Baugrunduntersuchung sei festgestellt worden, dass im Baugebiet grundsätzlich sandiger, gut versickerungsfähiger Boden vorhanden sei, allerdings nicht in einzelnen Bereichen. In diesen einzelnen Bereichen seien verdichtete Bodenschichten vorhanden, welche eine geringere Versickerungsfähigkeit hätten. Diese einzelnen Bereiche lägen im nord-östlich gelegenen Teilbereich des Plangebietes.

Im süd-westlichen Bereich des Baugebietes sei der Boden als ausreichend wasserdurchlässig anzusehen.

Herr Dieker führt aus, dass im nörd-östlichen Teilbereich der Fahrbahnunterbau möglicherweise ausgetauscht werden müsste. Darüber hinaus sei der Einbau zusätzlicher Drainagen bzw. die Errichtung von Pumpwerken erforderlich, wenn dort wieder eine Pflasterdecke eingebaut werden soll.

Als kostengünstigere Alternative sei eine Sanierung dieser Teilbereiche in Asphaltbauweise anzusehen. Bei dieser Vorgehensweise müsse nur die Pflasterdecke sowie die Bettung abgetragen und sodann eine Asphalttragschicht sowie eine Deckschicht aufgezogen werden. Er weist darauf hin, dass es auch Gesteinskörnungen gebe, deren Farbgestaltung in Richtung betongraues Pflaster gehe.

Ergänzend hält Herr Dieker es für erforderlich, die Rinnenausführung zu überprüfen. Es müsse untersucht werden, ob die Fugen mit geeignetem Fugenmaterial gefüllt seien.

Als weitere grundsätzlich geeignete Sanierungsmaßnahme sei der Einbau von speziellen Pflastersystemen vorstellbar, welche ein spezielles Bettungsmaterial mit Bitumen verwendeten, auf welchem sodann neues Pflaster verlegt werde. Dieses neue System sei über eine eigene Versicherung des Herstellers abgesichert, allgemeine Gewährleistungspflichten gebe es nicht.

Herr Dieker bringt zum Ausdruck, dass er eine Sanierung der nicht wasserdurchlässigen Teilbereiche des Baugebietes in Asphaltbauweise als die beste Alternative ansieht.

Aus seiner Sicht sind vor Durchführung der Sanierung umfassende Untersuchungen erforderlich, um eine Abgrenzung der Teilbereiche vornehmen zu können, in denen aufgrund des noch ausreichend wasserdurchlässigen Straßenunterbaus eine konventionelle Pflasterung noch vertretbar sei.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

skB. Havermeier berichtet, dass die Anwohner des Baugebietes sehr verunsichert und verärgert seien. Er bemängelt, dass mit der Sanierung begonnen worden ist, ohne die ebenfalls nicht ausreichend durchlässige Frostschutzschicht auszutauschen. Diese Maßnahme sei aus seiner Sicht aufgrund der Aussage des vom Gericht bestellten Gutachters unerlässlich gewesen.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass in dem vom Gericht in Auftrag gegebenen Gutachten keine Aussage enthalten gewesen ist, dass die Frostschutzschicht ebenfalls auszutauschen sei.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass in früheren Ausschusssitzungen bereits die Problematik der geringen Wasserdurchlässigkeit des Bodens im Baugebiet gesehen worden sei. Gleichwohl sei seitens der Bezirksregierung die zwingende Auflage gemacht worden, das Niederschlagswasser vor Ort zu versickern.

Bürgermeister Borgmann unterstreicht diese Aussage. Er weist auf die im Jahr 1994 erfolgte Änderung des Landeswassergesetzes hin, auf dessen Grundlage ein Vorrang der Regenversickerung im Baugebiet Rott Nord gesetzlich vorzusehen gewesen sei. Seitens der Verwaltung sei der Bau eines Regenwasserkanals vorgezogen worden.

Darüber hinaus bringt er zum Ausdruck, dass sich die Stadt Lüdinghausen der Ernsthaftigkeit der Situation bewusst sei. In einer der nächsten Sitzungen werde ein Vorschlag unterbreitet, wie die Sanierung der Straßen erfolgen soll.

Bürgermeister Borgmann stellt heraus, dass die Kosten für eine Sanierung allein von der Stadt getragen werden.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass zunächst weitere Untersuchungen, unter fachlicher Begleitung durch Herrn Dieker, durchgeführt werden sollten. Auf dieser Grundlage seien sodann konkrete Sanierungsmaßnahmen, einschließlich Kosten zu ermitteln, welche anschließend im Ausschuss vorgestellt werden sollen.

skB. Havermeier hinterfragt, auf welche Weise eine ähnliche Problematik zukünftig vermieden werden könne. Er bringt zum Ausdruck, dass er es als problematisch ansehe, dass die Schottertragschicht der im Baugebiet Höckenkamp bereits errichteten Baustraßen massiv durch Baustellenverkehr in Anspruch genommen würde. Er befürchte auch hier eine Verdichtung des Bodens.

Darüber hält skB. Havermeier es für erforderlich, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass sich der Ausschuss ausdrücklich für eine zeitnahe Sanierung des Baugebietes Rott-Nord sowie für die Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel ausspricht.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Vorgehensweise mit dem Bausachverständigen Herrn Dipl. Ing. Dieker abzustimmen und ein Sanierungskonzept zu erstellen. Der Ausschuss spricht sich ausdrücklich dafür aus, die Schäden zeitnah zu beseitigen und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel im Haushaltsjahr 2014 zur Verfügung zu stellen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 6) Umgestaltung der Rialtostraße
Antrag des Seniorenbeirates vom 19.08.2013
Vorlage: FB 3/869/2013

TOP 6.1) Umgestaltung der Rialtostraße
Antrag des Seniorenbeirates vom 19.08.2013
Vorlage: FB 3/869/2013/1

Ausschussvorsitzender Holz weist auf die ergänzend eingegangene Stellungnahme des Seniorenbeirates sowie auf den in der Sitzungsvorlage erläuterten Zustand der Rialtostraße hin.

Er regt an, über eine Alternativlösung nachzudenken und schlägt vor, einen durchgängigen Weg entlang der Stever (von der Rialtostraße bis zur Wolfsberger Straße) anzulegen. Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Umsetzung möglich ist.

Beschluss:

Eine im Antrag des Seniorenbeirates geforderte behindertengerechte Umgestaltung der Rialto-Brücke soll bei einer in späteren Jahren notwendig werdenden Sanierung erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob - als Alternative - entlang der Stever eine Wegeverbindung von der Rialto-Brücke bis zur Wolfsberger Straße angelegt werden kann.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 7) Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 04.10.2010
hier: Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer an der
Steverstraße durch Entfernung der Parkstandsmarkierungen und Anlegung
von beidseitigen Schutzstreifen
Vorlage: FB 4/398/2013**

Stv. Guntermann bringt zum Ausdruck, dass sie die vorgesehenen Maßnahmen grundsätzlich als positiv ansieht. Allerdings halte sie die verbleibenden Parkplätze vor dem Sparkassengebäude für problematisch. Sie spricht sich dafür aus, diese Parkplätze wegfällen zu lassen.

Herr Pieper weist darauf hin, dass diese Thematik umfassend mit der örtlichen Polizeibehörde sowie der Straßenverkehrsbehörde diskutiert worden sei. Die Situation, dass Fahrradfahrer die an dieser Stelle parkenden Autos umfahren müssten, sei auch heute schon vorhanden. Er berichtet, dass erhöhte Unfallzahlen nicht bekannt seien. Darüber hinaus würden die ausgewiesenen Parkplätze benötigt.

Bürgermeister Borgmann bittet zu bedenken, dass die auf der Fahrbahn markierten Stellplätze eine Verkehrsberuhigende Wirkung hätten.

Stv. Ernst erläutert, dass die CDU-Fraktion die vorgesehenen Maßnahmen ausdrücklich begrüße. Es werde als positiv angesehen, dass der Fahrradfahrer in Richtung stadtauswärts nicht zwingend den Gehweg benutzen müsse, sondern vielmehr weiterhin auch auf der Fahrbahn fahren könne.

Fraktionsübergreifend wird das Erfordernis gesehen, bezüglich der Querung des Einmündungsbereiches „Steverstraße / Graf-Wedel-Straße“ eine Lösung zu finden.

Herr Pieper weist darauf hin, dass lediglich eine bauliche Optimierung dieses Bereiches Ziel führend sei. Mögliche Alternativen würden derzeit geprüft.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die vorgesehene verkehrliche Anordnung des Kreises Coesfeld zur Verbesserung der Situation der Radfahrer an der Steverstraße zur Kenntnis und stimmt den vorgestellten Maßnahmen zu.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 8) Reduzierung der Osterfeuer
hier: Ordnungsbehördliche Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern
in der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/400/2013

Stv. Dr. Wischnewski bringt zum Ausdruck, dass der Ansatz der Satzung grundsätzlich Ziel führend sei.

Er hält es jedoch für erforderlich, eine Ergänzung dahingehend vorzunehmen, dass auch Vereine, die sich in ihrer Satzung dem Brauchtum verpflichtet haben, eine Genehmigung für ein Osterfeuer erhalten.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass der Ausschuss es gewesen sei, der die Verwaltung beauftragt habe, einen Vorschlag zur Reduzierung der Osterfeuer zu unterbreiten. Ziel sei es bei dem nunmehr vorgelegten Vorschlag gewesen, eine Abgrenzung der Privatinteressen von den öffentlichen Interessen vorzunehmen. Der Verwaltung seien nicht alle Vereine und Institutionen bekannt, die ein berechtigtes Interesse nachweisen könnten. Er verweist auf die in der Ordnungsbehördlichen Verordnung vorgesehene Ausnahmeregelung, welche es zulasse, in begründeten Fällen zusätzliche Genehmigungen zu erteilen.

Stv. Schulze Uphoff spricht sich gegen eine Reglementierung der Osterfeuer durch eine Ordnungsbehördliche Verordnung aus. Er sieht hierin einen zu starken Eingriff in die Rechte der Bürger. Der alte Status Quo solle aus diesem Grund beibehalten werden.

Er beantragt, über diesen Vorschlag abzustimmen.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion nach der Geschäftsordnung des Rates als der inhaltlich weitergehende Antrag anzusehen sei, mit der Folge, dass über diesen vorrangig abzustimmen sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt spricht sich gegen den Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Reglementierung von Osterfeuern aus.

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	0

TOP 9) Berichte

- siehe Anlage 5) -

TOP 10) Anfragen

skB. Havermeier erkundigt sich, ob eine Rückmeldung des Kreises Coesfeld in Bezug auf den gewählten Abstand der Freiburger Kegel im Bereich der „Stadtfeldstraße“ vorliege. Die zwischen den Kegeln verbleibende Fahrbahnbreite von 3,50 m sehe er als zu groß an, um eine Verkehrsberuhigende Wirkung zu erzielen.

Die Verwaltung berichtet, dass noch keine Antwort des Kreises vorliege.

Herr Steenweg erläutert, dass seiner Kenntnis nach in dem gemeinsamen Ortstermin eine Abstandsbreite von 3,50 m als erforderlich angesehen worden ist, um auch eine Passierbarkeit für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu ermöglichen.

Darüber hinaus fragt skB. Havemeier an, ob schon ein Ortstermin mit dem Landesbetrieb Straßen NRW bezüglich der Bordsteinabsenkung im Bereich Industriestraße / B 58 stattgefunden habe.

Herr Herrmann berichtet, dass die Bordsteinabsenkung nicht erfolgen wird, da der Landesbetrieb hierfür keine Erforderlichkeit sieht.

Abschließend bittet skB. Havemeier um Mitteilung, ob eine Zusammenlegung der Haltestelle an der Gärtnerei Thies mit anderen Haltestellen an der Selmer Straße möglich ist.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

skB. Fichtner erkundigt sich nach der optischen Aufwertung der Gebäudefassaden, welche rückwärtig an die umgestaltete Borg angrenzen.

Bürgermeister Borgmann verweist auf die von den Eigentümern abgegebenen Absichtserklärungen.

Des Weiteren fragt skB. Fichtner an, ob der Verkauf der Wohnbaugrundstücke im Baugebiet Höckenkamp positiv verlaufe.

Bürgermeister Borgmann bejaht die Anfrage.

Abschließend bittet skB. Fichtner um Mitteilung, ob die Einrichtung eines Souvenirshops in der Immobilie Borg 4 mit der erteilten Baugenehmigung vereinbar sei.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die vorgesehene Nutzung durch die Baugenehmigung abgedeckt werde.

Anton Holz
Vorsitzende/r

Ellen Trudwig
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 27. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 19.11.2013

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Schäper, Gabriele	anwesend Top 1) bis Top 6)
Schotte, Irmgard	anwesend Top 2) bis Top 14)
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	

SPD-Fraktion

Barendregt, Kors	Vertretung für Herrn Artur Friedenstab
Breuer, Herbert	
Havermeier, Dirk	Top 6) und Top 7) nicht anwesend

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Guntermann, Christine	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Fichtner, Rüdiger	Vertretung für Herrn Markus Kehl
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Jürgen Berau
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	anwesend Top 2) bis Top 14)
------------------	-----------------------------

Wagner, Wilhelm	
-----------------	--

von der Verwaltung

Herrmann, Björn Claas	
Karasch, Christine	
Pieper, Michael	
Steenweg, Heinz-Helmut	
Trudwig, Ellen	

Gäste

Dieker, Jürgen	zu Top 3.1)
Elkendorf, Rodegang	zu Top 3)
Grömping, Hermann	zu Top 1)
Schrameyer, Marc	zu Top 1)
Sicking, Bruno	zu Top 2)
Wolters, Frank	zu Top 2)

Entschuldigt:

SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	
--------------------	--

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Kehl, Markus	